



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
38. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 07.09.2020
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Christopher Lötsch - CDU	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Kristin Blankenburg - SPD	
Sabine Haltern - SPD	
Antje Jansen - FREIE WÄHLER & GAL	Bis TOP 13.3.1
Thomas-Markus Leber - FDP	
2. Stellvert. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis TOP 5.4.6
Ulrich Pluschkell - SPD	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Ulrich Brock - CDU	
Frank Müller-Horn - Die Unabhängigen	
Elfi Rostkowski - SPD	
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Sascha Wienck - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis TOP 3.4
Hans Bobeth-Höppner - CDU	Vertretung für: Herrn Henning Stabe
Bernd Lutzkat - CDU	Vertretung für: Herrn Andreas Zander
Dalila Mecker - DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Ragnar Harald Lüttke
Beiratsmitglieder	
Margret Wulf-Wichmann - Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Gerd Maertens - Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Heino Haase - Die Unabhängigen	Nur öffentlicher Teil
Jan Ingwersen - CDU-Fraktion	
Verwaltung	

Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement	
Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority	
Karsten Schröder - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Jens Johannsen - Stadtgrün und Verkehr (5.660)	Nur öffentlicher Teil
Arnd Babendererde - Gebäudemanagement HL (5.651)	
Katharina Belchhaus - Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	bis TOP 3.4
Uwe Kirchhoff - Kurbetrieb Travemünde (2.830)	TOP 5.4.1
Benjamin Werner - Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	TOP 5.4.4
Protokollführung	
Thomas Kaacksteen - 5.061 Fachbereichsdienste	
Gäste	
Burkhard Schmütz - LEG Entwicjlungs GmbH	TOP 4.1 und 7.3.1
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Ragnar Harald Lüttke - DIE LINKE	abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Andreas Zander - CDU	Entschuldigt abwesend
Henning Stabe - CDU	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.08.2020	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Bebauungsplan 32.07.01 - Fischereihafen / Baggersand - Teilbereich West, 1. Änderung Aufstellungsbeschluss	VO/2020/08638
3.2	2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014	VO/2020/09090
3.3	Ehrenbürgerschaften und Straßennamen in der Hansestadt Lübeck Umbenennung Lenardweg und Pfitznerstraße gemäß Bürgerschaftsbeschluss (VO/2018/06936)	VO/2019/08486
3.4	Beteiligung am Projektauftrag zum Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus": Neugestaltung der Beckergrube	VO/2020/09143
3.5	Lübeck sorgt vor: Klimaanpassungskonzept für die Hansestadt	VO/2020/09071
4	Berichte	
4.1	Mündlicher Bericht (5.610): Neue Teutendorfer Siedlung	
4.2	Synopse: Klimaschutzmaßnahmen in Lübeck für die Jahre 2020/2021	VO/2020/09223
5	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
5.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
5.1.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
5.2	Neue Anfragen	
5.2.1	AM Pluschkell (SPD) und Lötsch (CDU): Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss 2020	VO/2020/09231
5.2.2	AM Pluschkell (SPD): Fahrradfreundliches Lübeck	VO/2020/09233

5.2.3	AM Sabine Haltern (SPD): Travemünde Kombibahnsteig/Baufeld Bertlingstraße	VO/2020/09236
5.2.4	AM Dr. Ulrich Brock (CDU): Anfrage zu VO/2020/09090 - 2. Satzung zu Änderung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen, Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014	VO/2020/09282
5.2.5	Anfrage des AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Planungsstand Fahrradparkdeck am Lübecker Hauptbahnhof	VO/2020/09287
5.2.6	Anfrage des AM Thomas-Markus Leber (FDP) zur soeben auf den Weg gebrachten "Landesstrategie 2030" für den Radverkehr	VO/2020/09288
5.2.7	Anfrage des AM Thomas-Markus Leber, FDP, zur Raumbelüftung von Innenräumen in öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Klassenräumen in Zeiten von Corona	VO/2020/09289
5.2.8	Weitere mündliche Anfragen während der Sitzung:	
5.3	Mitteilungen des Vorsitzenden	
5.4	Sonstige Mitteilungen	
5.4.1	Mündliche Mitteilung (2.830): Skateranlage in Travemünde	
5.4.2	Sitzungstermine des Bauausschusses 2021	VO/2020/09161
5.4.3	CDU: AT zu VO/2020/09184 - Wahl in den Bauausschuss	VO/2020/09218-01
5.4.4	Mündliche Mitteilung (5.610): Mobilitätskonzept Travemünde	
5.4.5	Mündliche Mitteilung: Sachstand: Investitionshaushalt 2020	
5.4.6	Mündliche Mitteilung: Sachstand, Feuerwehrhaus Kronsforde	
5.4.7	Mündliche Mitteilung (5.610): Sachstand, B-Planverfahren	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Neu- und Umbau von Radwegen	VO/2020/08765
6.2	Freie Wähler & GAL: Wohneigentumsquote in Lübeck steigern!	VO/2020/08669

6.3	Antrag AM Katjana Zunft (DIE LINKE) "Mehr Frauen wagen"	VO/2019/08257
6.4	SPD: Radfahren in Grünanlagen erlauben	VO/2020/09194
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Antrag zu VO/2019/07727-01: Solarenergie auf städtischen Gebäuden bis 2025	2019/07727-01-15
7.2	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ausbau der Elektromobilität in Lübeck	VO/2020/09044
7.3	Dringlichkeitsantrag des AM Frank Müller-Horn (Die Unabhängigen): Anteile von Wohnformen für den Geschosswohnungsbau in der Neuen Teutendorfersiedlung/Dreilingsberg	VO/2020/08932
7.3.1	Austauschantrag zur VO/2020/08932: Dringlichkeitsantrag des AM Frank Müller-Horn (Die Unabhängigen): Anteile von Wohnformen für den Geschosswohnungsbau in der Neuen Teutendorfersiedlung/Dreilingsberg	VO/2020/08932-01
7.4	AM Lengen (SPD): Dringlichkeitsantrag: "Radfahren in Grünanlagen erlauben"	VO/2020/09166
7.5	Dringlichkeitsantrag: AM Pluschkell (SPD): Klimaverträgliche Wärmeversorgung	VO/2020/09230
7.6	Dringlichkeitsantrag des Ausschussmitglieds Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Grünfläche in St. Lorenz erhalten	VO/2020/09295
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 16:04 Uhr die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 6.4 – VO/2020/09194 – Überweisung aus der Bürgerschaft: SPD: Radfahren in Grünanlagen erlauben

TOP 7.3.1 – VO/2020/08932-01 – Austausch Antrag zur VO/2020/08932: Antrag von AM Frank Müller-Horn (Die Unabhängigen): Anteile von Wohnformen für den Geschosswohnungsbau in der Neuen Teutendorfer Siedlung / Dreilingsberg

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragte Erweiterung der Tagesordnung.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung der Vorlage und des Berichtes zum Thema Klima um eine Sitzung auf den 21.09.2020 (TOP 3.5 und TOP 4.2).

Der Bauausschuss stimmt diesem Vertagungsantrag einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt die gemeinsame Beratung folgender Tagesordnungspunkte:

Ehrenbürgerschaften und Straßennamen (TOP 3.3 und TOP 6.3)

Neue Teutendorfer Siedlung (TOP 4.1 und TOP 7.3.1)

Haushalt (TOP 5.2.1 und TOP 5.4.5)

Frau Hagen teilt mit, dass es die Antworten zu den Anfragen unter TOP 5.2.1 und die Mitteilungen zum Investitionshaushalt 2020 am Mittwoch (09.09.2020) in der gemeinsamen Sitzung zum Haushalt 2021 geben werde, da dies die zwischen den Fraktionen und der Verwaltungsspitze abgestimmte Vorgehensweise im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2021 sei. Die Verwaltung werde sich trotz der Kurzfristigkeit bemühen, bis zu diesem Termin alle angefragten Fakten, auch aus den übrigen betroffenen Fachbereichen, zusammen zu tragen.

Hierzu gibt es eine rege Diskussion zwischen der Politik und der Verwaltung.

Der Bauausschuss stimmt der beantragten gemeinsamen Beratung und der Vertagung auf den 09.09.2020 zu.

Der Vorsitzende spricht die beiden gleichlautenden Anträge der SPD-Fraktion unter TOP 6.4 und TOP 7.4 an und schlägt vor, die Überweisung aus der Bürgerschaft unter TOP 6.4 zu diskutieren und den Antrag unter TOP 7.4 zurückzuziehen.

Herr Pluschkell zieht den Antrag unter TOP 7,4 zurück.

Der Vorsitzende beantragt die Anfrage von Frau Haltern unter TOP 5.2.3 aufgrund des Inhalts dem nichtöffentlichen Teil zuzuordnen.

Frau Haltern stimmt diesem Antrag zu.

Der Vorsitzende beantragt auf Wunsch der Verwaltung den TOP 3.1 auf die Sitzung am 21.09.2020 zu vertagen, da dort vom Eigentümer dann die aktuellen Planungen vorgestellt werden sollen.

Der Bauausschuss stimmt diesem Vertagungsantrag einstimmig zu.

Frau Jansen teilt mit, dass der Antrag unter TOP 6.2 von ihrer Fraktion zurückgezogen werde.

Frau Jansen möchte wissen, warum der Antrag zur Pop-up lane in der Ratzeburger Allee heute nicht auf der Tagesordnung stünde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dieser in der Sitzung am 17.08.2020 irrtümlich auf die Tagesordnung gelangt sei, da zu diesem Thema erst einmal die Machbarkeitsstudie abgewartet werden solle, welche im Herbst 2020 erwartet werde.

Herr Johannsen weist ergänzend darauf hin, dass aktuell die Einrichtung der Pop-up lanes in Berlin von einem Gericht als rechtswidrig eingestuft worden sei.

Der Vorsitzende lässt über den Dringlichkeitsantrag unter TOP 7.6 abstimmen:

Für die Dringlichkeit: 4 Stimmen

Gegen die Dringlichkeit: 11 Stimmen

Der Bauausschuss lehnt die Dringlichkeit dieses Antrags mehrheitlich ab und vertagt diesen auf die Sitzung am 21.09.2020.

Herr Müller-Horn beantragt die Vorlage unter TOP 11.1 in den öffentlichen Teil zu ziehen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass diese Vorlage bereits durch den Hauptausschuss entschieden wurde und in der heutigen Sitzung hierzu noch einige Erläuterungen zugesagt worden seien.

Herr Bunk merkt an, dass nichts dagegen spräche, diese Fragen in öffentlicher Sitzung zu beantworten.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig, die Diskussion im öffentlichen Teil zu führen.

Der Vorsitzende beantragt die Vorziehung der TOP 4.1 mit TOP 7.3.1 und die Vorziehung des TOP 5.4.1.

Der Bauausschuss beschließt diese beantragte Vorziehung einstimmig.

Damit ist der Ablauf in der Tagesordnung folgender:

TOP 2.1

TOP 4.1 mit TOP 7.3.1

TOP 5.4.1

TOP 3.2 und weiter gemäß der Tagesordnung

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Bauausschuss beschließt einstimmig, dass alle Tagesordnungspunkte, die dem nichtöffentlichen Teil zugeordnet seien, dort auch aufgerufen werden sollen (Ausnahme TOP 11.1 – siehe oben).

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.08.2020

Herr Leber beantragt, dass sein Redebeitrag unter TOP 4.1, der folgendermaßen protokolliert wurde:

„Herr Leber merkt an, dass die Umsetzung mit den Waggons durch die PIH nicht konsequent sei, und die Waggons, bezogen auf ihren Herstellungszeitpunkt, mit dem Alter der Schuppen im Einklang stehen sollten. Er überreicht der Stadtplanung hierzu ein Heft mit Aufnahmen von älteren Waggonfabrikaten und bittet die Verwaltung, über deren Mitverwendung ein Gespräch mit der PIH zu führen.“

in folgenden Text abgeändert werde:

„Herr Leber merkt an, dass die von der PIH ausgewählten Waggons nicht der Zeitepoche entsprechen, in der auf der Nördlichen Wallhalbinsel vor allem Stückgüter umgeschlagen wurden. Herr Leber spricht sich für die Verwendung von authentischem Wagenmaterial aus. Herr Leber macht den Vorschlag die Suche nach geeignetem Wagenmaterial erneut aufzunehmen und einen Serienbrief an die Vorstände von Eisenbahnvereinen zu richten, die in Zeiten von Corona und der damit verbundenen Einnahmeausfälle möglicherweise bereit sind, sich von Güterwagen aus der Zeit vor 1965 zu trennen. Herr Leber überreicht der Verwaltung zur Vereinfachung des Verfahrens zweimal das „Kursbuch der deutschen Museums-Eisenbahnen – 2020“, in dem auf 200 Seiten über 300 Vereine mit Fahrzeugpark und Adressen der Vorstände aufgeführt sind, mit der Bitte dies in Gesprächen mit der PIH zu verwenden.“

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich bei den Niederschriften eigentlich um Ergebnisprotokolle handeln soll und diese nicht den genauen Wortlaut der Redner:innen wiedergeben sollen. In diesem einen Fall werde die beantragte Änderung aufgenommen.

Die Niederschrift ist damit in der geänderten Fassung festgestellt.

zu 3 Beschlussvorlagen

**zu 3.1 Bebauungsplan 32.07.01 - Fischereihafen / Baggersand - Teilbereich West, 1. Änderung
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VO/2020/08638**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
Ohne Votum		

zu 3.2 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014
Vorlage: VO/2020/09090

Der Vorsitzende beantragt die gemeinsame Beratung dieser Vorlage mit der Anfrage unter TOP 5.2.4.

Der Bauausschuss stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

Herr Dr. Brock äußert den Wunsch, dass über vergleichbare Verfahren im Bauausschuss berichtet werde und dies auch mit Beteiligung des Bereiches Recht.

Frau Hagen erläutert, dass der Bereich Recht bei der Erstellung dieser Vorlage beteiligt gewesen sei und keine rechtlichen Bedenken geäußert habe.

Herr Löttsch beantragt eine Vertagung der Vorlage auf den 21.09.2020.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage mehrheitlich um eine Sitzung aus den 21.09.2020.

zu 3.3 Ehrenbürgerschaften und Straßennamen in der Hansestadt Lübeck
Umbenennung Lenardweg und Pfitznerstraße gemäß Bürgerschaftsbeschluss (VO/2018/06936)
Vorlage: VO/2019/08486

Beschlussvorschlag:

In Ausführung des Beschlusses der Bürgerschaft vom 31.01.2019 empfiehlt der Bereich Stadtgrün und Verkehr folgende Straßenumbenennung empfohlen:

1. Im Stadtteil St. Gertrud wird der Lenardweg in **Otto-Schott-Weg** umbenannt.
2. Im Stadtteil St. Lorenz-Nord wird die Pfitznerstraße in **Clara-Schumann-Straße** umbenannt.

Diese Beschlussvorlage wird zusammen mit dem Antrag unter TOP 6.3 aufgerufen. Die Abstimmungsergebnisse werden unter dem jeweiligen TOP abgebildet.

Frau Blankenburg stellt folgenden Änderungsantrag:

In Ausführung des Beschlusses der Bürgerschaft vom 31.01.2019 wird dem Bereich Stadtgrün und Verkehr folgende Straßenumbenennung empfohlen:

1. Im Stadtteil St. Gertrud wird der Lenardweg umbenannt nach einer Frau, die sich im Bereich der Naturwissenschaften und angewandten Naturwissenschaften in herausragender Weise verdienst gemacht hat. Der Bereich Stadtgrün und Verkehr wird gebeten, dem Bauausschuss spätestens im November 2020 einen entsprechenden Beschlussvorschlag entgegen zu bringen.
2. Im Stadtteil St. Lorenz-Nord wird die Pfitznerstraße noch im Jahre 2020 in **Clara-Schumann-Straße** umbenannt.

Begründung:

Die Verwaltung hat in der VO/2019/08486 – Umbenennung Lenardweg und Pfitznerstraße – auf eine paritätische Aufteilung in jeweils einen Männer- und einen Frauennamen geachtet. Bei dem Vorschlag der Verwaltung zur paritätischen Aufteilung einen Männer- und einen Frauennamen handelt es sich jedoch um eine rein formalistische Geschlechtergerechtigkeit. Im Musikerviertel (Pfitznerstraße) und im Gewerbe- und Wohngebiet Glashüttenweg (Lenardweg) sind derzeit alle Namen nach Männern benannt. Bei der Vielzahl anerkannter Komponistinnen und Naturwissenschaftlerinnen wäre es nur gerecht, wenn bei jedem Gebiet jetzt eine Frau für ihre Verdienste geehrt würde. Dabei bleibt in jedem der betroffenen Gebiete eine wirklich paritätische Aufteilung der Straßennamen nach Geschlecht immer noch in weiter Ferne.

Für den Fall, dass der Verwaltung und dem Frauenbüro keine geeigneten Namen geläufig sein sollten, regen wir nähere Befassung mit den Leistungen folgender Wissenschaftlerinnen an:

- Gertrude Elion (1918 – 1999), 1988 den Nobelpreis für Physiologie / Medizin für ihre Entdeckungen zu wichtigen biochemischen Prinzipien der Arzneimitteltherapie.
- Ada Lovelace (1815 – 1852), britische Mathematikerin. Sie veröffentlichte einen umfangreichen Kommentar zur Programmierung der von Charles Babbage entwickelten Maschine „Analytical Engine“. Aufgrund dessen wird sie von einigen Historikern als „die erste Person, die als Programmiererin bezeichnet werden kann“ angesehen. Die Programmiersprache Ada wurde nach ihr benannt.
- Vera Rubin (1928 – 2016), US-amerikanische Astronomin, die sich mit der Entdeckung und Erfassung der Verteilung der Dunklen Materie im Universum beschäftigte.

Weitere Namen von verdienten Naturwissenschaftlerinnen wären zum Beispiel Irene Joliot-Curie, Elsa Neumann, Leona Woods und Gertrude Neumark.

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss beschließt einstimmig den Änderungsantrag von Frau Blankenburg.

**zu 3.4 Beteiligung am Projektauftrag zum Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus": Neugestaltung der Beckergrube
Vorlage: VO/2020/09143**

Beschluss:

1. Die Hansestadt Lübeck beteiligt sich am Projektauftrag des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat zum Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ und reicht die Neugestaltung der Beckergrube als Projektvorschlag ein.
2. Bei einer Förderzusage wird der kommunale Eigenanteil für den Förderzeitraum 2021 bis 2025 in den Haushalt der Hansestadt Lübeck eingestellt.

Herr Lötsch beantragt, dass im Beschlussvorschlag folgendes ergänzt werde:

„Das Ergebnis der Evaluierung zum Verkehrsversuch wird in die weiteren Planungen mit aufgenommen.“

Frau Hagen merkt an, dass die Verwaltung im Sommer kurzfristig auf den Förderauftrag reagieren musste.

Herr Vorkamp führt aus, dass seiner Meinung nach die provisorischen Maßnahmen gut greifen würden, und aus dem Grund die 7,7 Mio. Euro zu hoch angesetzt seien. Die Maßnahme müsse auch nicht an der Breiten Straße enden, sondern bis zum Koberg fortgeführt werden. Von den angedachten Tiefbaumaßnahmen solle Abstand genommen werden. Er sehe keinen Erfolg auf eine Zusage der Fördergelder.

Auch Frau Mählenhoff plädiert dafür, die gesamte Fläche bis zum Koberg mit einzubeziehen.

Herr Pluschkell weist darauf hin, dass die Beckergrube nicht nur auf den Theaterplatz reduziert werden dürfe. Er möchte wissen, wann es eine Vorstellung im Bauausschuss geben werde, was bezüglich einer Förderung eingereicht werde.

Frau Hagen erklärt, dass das Projekt die vom Fördergeber geforderten Bedingungen erfülle. Herr Schröder ergänzt, dass der Rahmenplan Innenstadt die Basis dieses Projektes sei und nur Aspekte, die in bauliche Maßnahmen münden, förderfähig seien.

Herr Dr. Brock sieht es als positiv an, dass die Stadt sich hierauf bewerbe, er möchte aber wissen, warum es keine alternativen Projekte gebe, zum Beispiel die Entwicklung der Untertrave. Er möchte auch wissen, ob der Verkehrsversuch noch ergebnisoffen sei, wenn es eine Förderzusage gebe.

Frau Hagen erläutert, dass der Rahmenplan Innenstadt das Projekt an der Untertrave im Gegensatz zur Beckergrube nicht in der ersten Umsetzungsstufe vorsieht.

Herr Schröder fügt an, dass eine inhaltliche Offenheit in dem Projekt gegeben sei.

Der Vorsitzende lässt über seinen Ergänzungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Ergänzung: 15 Stimmen

Der Bauausschuss stimmt dem Ergänzungsantrag einstimmig zu.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich die Vorlage in ergänzter Form zu beschließen

**zu 3.5 Lübeck sorgt vor: Klimaanpassungskonzept für die Hansestadt
Vorlage: VO/2020/09071**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage einstimmig auf den 21.09.2020.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Mündlicher Bericht (5.610):
Neue Teutendorfer Siedlung**

**Dieser mündliche Bericht wird zusammen mit dem Antrag unter TOP 7.3.1 aufgerufen.
Die Abstimmungsergebnisse werden unter dem jeweiligen TOP abgebildet.**

Herr Schmütz, dem vom Bauausschuss Rederecht eingeräumt wurde, teilt mit, dass er folgenden Vorschlag zur Umsetzung des Bauvorhabens in der Neuen Teutendorfer Siedlung machen könne:

Im ersten Förderweg würden 20% und im zweiten Förderweg auch 20% Geschosswohnungsbau mit bezahlbarem Wohnraum umgesetzt, so dass es eine Gesamtquote von 40%

gäbe. Mit dieser Grundlage könne das Verfahren mit der Verwaltung weitergeführt werden, das Baurecht werde für Ende 2021 bzw. Anfang 2022 angestrebt.

Herr Lötsch möchte wissen, was aus dem Vorschlag aus der Sitzung vom 17.08.2020 geworden sei, mit 30% im ersten Förderweg und 10% im zweiten Förderweg?

Herr Schmütz teilt mit, dass seine Gesellschaft alles „spitz“ gerechnet habe und die 20 / 20 Variante die sei, die noch leistbar wäre, die Variante 30 / 10 sei wirtschaftlich nicht mehr tragbar, diese rühre insbesondere aus der vorgegebenen Kostenmiete bei bezahlbarem Wohnraum.

Herr Schröder merkt an, dass die 30 / 10 Variante ein Vorschlag der Verwaltung gewesen sei, aber auch die 20 / 20 Variante einen machbaren Weg darstelle.

Frau Haltern gibt zu bedenken, dass ein Abweichen von der durch die Bürgerschaft festgelegten 30% Quote bei diesem Bauvorhaben in der Zukunft dazu führen könne, dass dies auch bei anderen Bauvorhaben erfolgen werde. Ihrer Meinung nach gebe es keinen großen finanziellen Spielraum zwischen dem ersten und dem zweiten Förderweg.

Herr Schmütz teilt mit, dass die Kostenmiete beim ersten Förderweg 5,95 Euro / m² betrage und beim zweiten Förderweg 8,00 Euro / m².

Herr Pluschkell möchte wissen, ob die Quote beim frei finanzierten Wohnungsbau unverändert bei 60 % liege.

Herr Schmütz bestätigt, dass hier die 60% für Miet- und Eigentumswohnungen angedacht seien.

Herr Müller-Horn merkt an, dass er hier ein Angebot für preiswertes Wohnen vermisse, was wiederum eine gesamte hierfür in Frage kommende Bevölkerungsgruppe bis 2025 ausschließe.

Herr Müller-Horn teilt weiter mit, dass er gerne seinen Antrag unter TOP 7.3.1 dahingehend ändern würde, dass die Fraktion der Unabhängigen einer Quote von 20 / 20 zustimmen werde.

Frau Jansen führt aus, dass auch sie die 20 / 20 Variante begrüße, aber es wiederum nicht gut fände, wenn von den 30% im ersten Förderweg generell abgewichen würde.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für eine Beratungspause (16:46 Uhr).

Der Vorsitzende setzt die Sitzung weiter fort (16:55 Uhr).

Frau Haltern führt aus, dass die SPD-Fraktion der 20 / 20 Variante zustimmen werde. Zudem seien entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung mindestens 10% für sonstige Mietwohnungen vorzusehen.

Herr Leber möchte wissen, ob es in dem Fall noch zu Zeitverzögerungen bei der Umsetzung kommen werde.

Herr Lötsch ergänzt, dass in der Sitzung am 17.08.2020 zugesagt wurde, dass es bei der Variante keine Zeitverzögerungen geben werde.

Herr Schmütz bestätigt diese Aussage und sagt zu, nun zusammen mit der Verwaltung die weiteren Planungen abzustimmen.

Herr Lötsch führt aus, dass auch die CDU-Fraktion dieser Variante zustimmen werde.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen, ob die abgeänderte Variante 2 mit einer Teilung von 20% zu 20% auf dem ersten und zweiten Förderweg umgesetzt werden solle.

Abstimmungsergebnis:

Für diese Variante: 11 Stimmen

Gegen diese Variante: 3 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

*Der Bauausschuss beschließt mehrheitlich, dass es zu einer Umsetzung der 20 / 20 Variante kommen solle.***zu 4.2 Synopse: Klimaschutzmaßnahmen in Lübeck für die Jahre 2020/2021
Vorlage: VO/2020/09223**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss vertagt den Bericht einstimmig auf den 21.09.2020.***zu 5 Anfragen / Antworten / Mitteilungen****zu 5.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen****zu 5.1.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen****5.1.1 Radwegschäden Tremser Weg / Schwartauer Landstraße (Frau Mählenhoff) – 5.660****TOP 5.2.6 am 17.08.2020**

Frau Mählenhoff berichtet, dass bei der Baustelle Tremser Weg Ecke Schwartauer Landstraße der Radweg in einem Bogen verlegt worden sei, dessen Oberfläche aber starke Unebenheiten aufweisen. Sie möchte wissen, wann diese Baustelle aufgehoben werde und ob bei einem längeren Bestand die Oberfläche bearbeitet werden könne.

Abschließende Antwort am 07.09.2020

In diesem Abschnitt der Schwartauer Landstraße führt die TraveNetz GmbH Bauarbeiten durch.

Im Anschluss ist noch in diesem Jahr eine Sanierung des Radweges durch den Bereich Stadtgrün und Verkehr vorgesehen, so dass der benannte Missstand kurzfristig beseitigt wird.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis:

5.1.2 Sicherheit für Fußgänger:innen an Hauptverkehrsstraßen (Herr Pluschkell) – 5.660

TOP 5.2.3 am 17.08.2020 – VO/2020/09201

In der Schwartauer Landstraße werden nachts die Lichtsignalanlagen abgeschaltet, dies gilt auch für Fußgängerampeln. Die Überwege haben keine eigene Beleuchtung. Fußgänger:innen sind somit gezwungen, diese 4-spurige Straße nachts ohne Schutz durch LSA oder besondere Beleuchtung zu queren. Viele (ältere) Menschen fühlen sich dadurch im Straßenverkehr unsicher? Dieses vorausgeschickt, frage ich wie folgt:

Wie viele LSA werden nachts abgeschaltet? In welchem Zeitraum sind sie abgeschaltet? Wie viele dieser LSA regeln auch den Straßenverkehr auch für Fußgänger:innen? Wie viele dieser LSA befinden sich an Hauptverkehrsstraßen? Wie viele reine Fußgänger:innen-Ampeln gibt es dort? Wie wird gewährleistet, dass Fußgänger:innen objektiv und subjektiv diese Straßen nachts sicher queren können? Wie könnte die Sicherheit erhöht werden?

Abschließende Antwort am 07.09.2020

Zunächst ist festzustellen, dass sich in der Schwartauer Landstraße folgende Signalanlagen (LSA) bzw. Fußgängersignalanlagen (FLSA) befinden:

- LSA Schwartauer Landstraße / Hochstraße / Helgolandstraße
- FLSA Schwartauer Landstraße / Oderstraße
- FLSA Schwartauer Landstraße / Peenestieg
- LSA Schwartauer Landstraße / Memelstraße.

Alle genannten Signalanlagen befinden sich im Dauerbetrieb; die in der Anfrage getroffene Aussage ist daher nicht korrekt.

In der Hansestadt Lübeck gibt es insgesamt 238 LSA an Hauptverkehrsstraßen. Davon regeln 122 LSA den Verkehr an Kreuzungen und Einmündungen, 116 sind reine FLSA.

Von den 122 LSA werden 64 nachts abgeschaltet, 58 sind im Dauerbetrieb.

Von den 116 FLSA, werden 77 nachts abgeschaltet und 39 sind im Dauerbetrieb.

Die Nachtabschaltung erfolgt i.d.R. zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr. Samstags und sonntags erfolgt die Einschaltung ggf. zu einem späteren Zeitpunkt. FLSA an vierspurigen Straßen sind i.d.R. im Dauerbetrieb. Die Nachtabschaltung beruht auf Verkehrszählungen, sowie Erfahrungswerten, in Abhängigkeit der Kreuzungsgeometrie, wie Übersichtlichkeit oder der Berücksichtigung von kritischen Fahrbeziehungen u.ä. und natürlich auf dem eventuellen Unfallgeschehen. Die Festlegung der Betriebszeiten erfolgt in enger Abstimmung mit Polizei und Straßenverkehrsbehörde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis:

5.1.3 Eschen in Lübeck (Frau Mählenhoff) – 5.660

TOP 5.2.8 am 17.08.2020

Frau Mählenhoff spricht die sehr trocken aussehenden Eschen in der Possehlstraße an und möchte wissen, ob dies eine normale Krankheit sei und wie es den anderen Eschen in Lübeck gehe.

Abschließende Antwort am 07.09.2020

Im Straßenbegleitgrün der Possehlstraße, Höhe Hausnummer 27, sind zwei Eschen abgestorben.

Die Bäume sind im digitalen Baumkataster der Hansestadt Lübeck erfasst und tragen die Nummern 43 und 44.

Es ist anzunehmen, dass das Absterben in diesem Fall mehrere Ursachen hat. Zum einen ist der Wurzelraum an dieser Stelle beengt und die Hanglage lässt Niederschläge schnell abfließen. Die lange anhaltende Trockenheit ist mittlerweile ein jährlich wiederkehrendes Ereignis und schwächt den gesamten Baumbestand. Zum anderen sind geschwächte Eschen dann anfälliger für das Eschentriebsterben, welches auch an diesen Bäumen aufgetreten ist.

Auch wenn diese beiden Eschen abgestorben sind, beobachtet der Bereich Stadtgrün und Verkehr einen relativ stabilen Gesundheitszustand der städtischen Eschen. Dies war auf Grund des fortschreitenden Eschentriebsterbens nicht zu erwarten und kann sich auch relativ kurzfristig verschlechtern.

Aktuell sind leider vor allem flachwurzelnde Baumarten wie Birken und Fichten sehr geschwächt und vielerorts bereits abgestorben.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis:

zu 5.2 Neue Anfragen

zu 5.2.1 AM Pluschkell (SPD) und Löttsch (CDU): Umsetzung Haushaltsbegleitbeschluss 2020 Vorlage: VO/2020/09231

Anfrage:

Am 26.09.2019 hat die Lübecker Bürgerschaft zum städtischen Haushalt 2020 mit der VO/2019/08082-27-01 einen Begleitbeschluss gefasst. Angesichts der bevorstehenden Beratungen zum städtischen Haushalt 2021 wird der Bürgermeister gebeten, bis spätestens 21.09.2020 über die Umsetzung des Beschlusses zu berichten, insbesondere zu folgenden Punkten:

1. Klimaschutz

Wurde im FB 5 eine Stelle für die Organisation und Koordination der Verkehrswende geschaffen? Seit wann ist diese Stelle besetzt? In welchem Umfang wird diese Stelle für die Stärkung der Themen E-Mobilität und ÖPNV eingesetzt?

2. Bäume für den Klimaschutz

Wann wird der Bürgermeister der Lübecker Bürgerschaft ein Konzept entgegen zu bringen mit dem Ziel, dass die Hansestadt Lübeck einen wirksamen Beitrag leistet zum Schutz der Bäume in Lübeck, zur Erweiterung der Lübecker Forsten und zur Ansiedlung von mehr Grün im städtischen Raum? Welche Maßnahmen wurden ergriffen, damit

- A) viel mehr Lübecker Straßen (wieder) zu Alleen werden, was das Stadtklima verbessert und auch eine wesentliche CO₂-Minimierung mit sich bringt?
- B) es für die in den Lübecker Straßen und Grünanlagen in den letzten Jahren gefällten Bäume Ersatzpflanzungen vor Ort gibt?
- C) eine Neupflanzung von 1 Mio. Bäumen im Bereich der Hansestadt Lübeck gibt und hierbei möglichst viele Lübecker Bürger, Organisationen und Betriebe die Möglichkeit erhalten, sich daran zu beteiligen - durch Baumspenden, Bereitstellung von Flächen, finanzielle Unterstützung und persönliche Leistungen?

Unter welcher Haushaltsstelle sind die zur Umsetzung des Konzeptes bereitgestellten Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 Euro im Haushalt 2020 geordnet? In welchem Umfang wurden bzw. werden diese Mittel in Anspruch genommen?

3. Radverkehrswege und -anlagen

- A) Unter welcher Haushaltsstelle sind die Planungskosten für den Bau eines neuen Radweges von Blankensee nach Groß Grönau bereitgestellt?
 - B) Unter welcher Haushaltsstelle sind die Planungskosten für den Lückenschluss des Radweges von Travemünde nach Warnsdorf bereitgestellt?
 - C) Unter welcher Haushaltsstelle sind die Kosten für die Herstellung der Nutzungsfähigkeit des Fuß-/Radweges unterhalb der Puppenbrücke bereitgestellt?
 - D) Was ist das Ergebnis der Gespräche mit dem Eigentümer des Parkhauses in den Lindenarkaden über die Errichtung einer großen Fahrradabstellanlage in der Tiefgarage der Lindenarkaden? Unter welcher Haushaltsstelle sind die Planungsmittel für den Bau eines Fahrradparkhauses im Bahnhofsumfeld bereitgestellt?
 - E) Warum wurde der Lübecker Bürgerschaft bis Ende 2019 keine Vorlage hinsichtlich der Ausstattung aller ÖPNV-Schwerpunkthaltestellen mit mindestens vier Abstellmöglichkeiten für Fahrräder entgegen gebracht? Wann wird dieser Bericht nunmehr vorgelegt?
 - F) Warum wurde der Lübecker Bürgerschaft bis zum Sommer 2020 kein Bericht über den Bedarf an Fahrradabstellmöglichkeiten an den übrigen Haltestellen und die damit verbundenen Maßnahmen und Kosten entgegen gebracht?
- Unter welcher Haushaltsstelle sind die für die vorgenannten Maßnahmen sind im Haushalt 2020 zusätzlich 200.000 € beschlossenen Finanzmittel bereitgestellt? In welchem Umfang wurden bzw. werden diese Mittel in Anspruch genommen?

4. Winterdienst Fahrradwege (Feldversuch)

Der Bürgermeister wurde beauftragt, vor den Haushaltsberatungen 2021 der Lübecker Bürgerschaft einen Bericht vorzulegen, auf dessen Basis ggf. ein Konzept für die Neuausrichtung des Winterdienstes auf den Fahrradwegen der Hansestadt Lübeck entwickelt und in den folgenden Haushaltplanungen berücksichtigt werden kann. Warum wurde dieses Konzept bislang nicht vorgelegt? Wann wird es vorgelegt?

5. Den ÖPNV in Lübeck nachhaltig ausweiten

Das Angebot von Bussen und Bahnen in Lübeck soll den Bedarfen der Menschen angepasst werden. Der Lübecker Bürgerschaft sollte hierzu spätestens im Sommer 2020 ein geeignetes Konzept vorgestellt werden. Warum wurde dieses Konzept bislang nicht vorgelegt? Wann wird es vorgelegt?

6. Kommunales Flächenmanagement

Wirtschaftsausschuss und den Bauausschuss sind frühzeitig zu beteiligen, wenn bei der geplanten Veräußerung von stadtplanerisch wichtigen Flächen durch Dritte seitens der Hansestadt Lübeck auf die Wahrnehmung eines städtisches Vorkaufsrechts verzichtet werden soll. Bei welchen stadtplanerisch wichtigen Grundstücken hat die Hansestadt Lübeck seit September 2019 auf die Wahrnehmung eines städtischen Vorkaufsrechts verzichtet?

7. Struckbach

Welche Maßnahmen wurden ergriffen zur Beräumung ehemaliger Gartenlauben auf der Grünfläche „Am Spargelhof/Struckbach“? In welchem Umfang wurden bzw. werden die hierfür bereitgestellten Mittel in Höhe von 180.000 Euro in Anspruch genommen?

8. Beleuchtung zur Reduzierung von Angsträumen

Der Bürgermeister wurde beauftragt, für Beleuchtungsmaßnahmen zur Beseitigung von Angsträumen im Haushalt 2020 und den Folgejahren gemäß Bürgerschaftsbeschluss VO/2019/07271 mit 100.000 Euro jährlich zu berücksichtigen. Warum wurde der Lübecker Bürgerschaft im November 2019 und danach keine entsprechende Prioritätenliste vorgelegt?

9. Parkhäuser

Der Bürgermeister wurde beauftragt, die Kosten für den Bau eines Parkhauses bzw. einer Parkpalette in Travemünde Am Fahrenberg im Haushalt zu ordnen und den Neubau umzusetzen. Unter welcher Haushaltsstelle sind im Haushalt 2020 die beschlossenen 150.000 Euro Planungsmittel und in den Folgejahren 1.500 T€ Investitionsmittel bereitgestellt? In welchem Umfang wurden bzw. werden diese Mittel in Anspruch genommen?

10. Planung zur Umgestaltung der Kreuzung Gneversdorfer Weg/Travemünder Landstraße/Torstraße

Unter welcher Haushaltsstelle sind die Haushaltsmittel für die Planung der Umgestaltung der Kreuzung Gneversdorfer Weg/Travemünder Landstraße/Torstraße, inklusive der Kosten für eine Machbarkeitsprüfung zur Schaffung einer neuen Straßenverbindung zwischen Gneversdorfer Weg und Teutendorfer Weg nördlich der Eisenbahngleise, im Haushalt 2020 bereitgestellt? In welchem Umfang wurden bzw. werden diese Mittel in Anspruch genommen? Wie weit sind die entsprechenden Planungen?

11. Investitionscontrolling

Warum wurde nicht quartalsweise im Bauausschuss über den Umsetzungsstand der einzelnen Maßnahmen aus dem Investitionsplan 2020 zu berichtet?

12. Verwaltungszentrum

Unter welcher Haushaltsstelle sind die gemäß dem Begleitantrag VO/2019/07280 beschlossenen Planungsmittel in Höhe von 200.000 Euro in 2020 für ein Verwaltungszentrum bereitgestellt? Wie weit ist die entsprechende Planung?

Warum wurde dem Hauptausschuss nicht spätestens im April 2020 ein entsprechender Zwischenbericht vorgelegt?

Zwischenantwort:

Die Fragen werden in der gemeinsamen Sondersitzung des Bauausschusses mit dem Hauptausschuss zum Haushalt 2021 am 09.09.2020 beantwortet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2.2 AM Pluschkell (SPD): Fahrradfreundliches Lübeck
Vorlage: VO/2020/09233**

Anfrage:

Wie weit ist die von der Lübecker Bürgerschaft beauftragte Überarbeitung des Konzepts „Fahrradfreundliches Lübeck“? Wann wurde damit begonnen? Wann wird es der Lübecker Bürgerschaft zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

zu 5.2.3 AM Sabine Haltern (SPD): Travemünde Kombibahnsteig/Baufeld Bertlingstraße
Vorlage: VO/2020/09236

Anfrage:

Im Zusammenhang mit dem sich im Wartestand befindlichen Bauleitplanverfahren Travemünde Kombibahnsteig/Baufeld Bertlingstraße stelle ich folgende Fragen:

- 1 Der Gestaltungsbeirat ist im November 2017 bezüglich des beantragten Neubaus auf dem Grundstück „Hotel Seestern“ zu einem abschließenden Ergebnis gekommen. Lediglich die Dachkonstruktion war strittig. Dies konnte geklärt werden. Seit August 2018 kann der Bauherr einen Bauantrag stellen, um auf dem Grundstück des alten Hotels Seestern zu bauen. Warum ist dies bis jetzt nicht geschehen? Sind noch andere strittige Punkte aufgetreten? Wenn ja, welche?
- 2 Der Zustand des Strandbahnhofes und seines Umfeldes ist in einem desaströsen Zustand. Gab es hierzu mit dem Eigentümer Gespräche? Wenn ja, zu welchem Ergebnis habe diese geführt?
- 3 Gibt es schon ein Konzept und einen Termin für den, mit dem Mobilitätskonzept Travemünde beschlossenen freiraumplanerischen Wettbewerb für den Bereich Strandbahnhof/Bertlingstraße?

Da diese Gesamtsituation sich schon über einen sehr langen Zeitraum hinzieht, bitte ich um zeitnahe Beantwortung meiner Fragen.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen in nichtöffentlicher Sitzung zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2.4 AM Dr. Ulrich Brock (CDU): Anfrage zu VO/2020/09090 - 2. Satzung zu Änderung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen, Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014
Vorlage: VO/2020/09282

Anfrage:

1. Wieso hat der Ausschuss keine Kenntnis von dem Gerichtsverfahren?
2. Wieso konnte die Rechtswidrigkeit der Satzung nicht vor der mündlichen Verhandlung festgestellt werden, war die Rechtsprechung uns nicht bekannt? Wieso führen wir Verfahren zur Verteidigung offensichtlich rechtswidriger Bescheide?
3. Wieso ist der Ausschuss in Kenntnis des Bürgerschaftsbeschlusses nicht darüber informiert worden, dass derartige Verfahren laufen mit der Frage, ob diese tatsächlich geführt werden sollen?
4. Wann ist der aktuelle Stand der Satzung beschlossen worden und wieso empfiehlt der Bereich Recht einen Beschluss über eine rechtswidrige Satzung?

Zu Erläuterung: Nach der Vorlage dürfte es sich nicht um eine überraschende Rechtsmeinung des Gerichtes handeln. Ebenso wenig scheint vor dem OVG mit einer abweichenden Entscheidung zu rechnen sein. Die diskutierten Grundsätze sind seit Jahren Grundlage des Straßenausbaubeitragsrechtes.

Herr Johannsen beantwortet die Fragen folgendermaßen:

Antwort zu Frage 1:

Es handelt sich hierbei um Verwaltungsbescheide im normalen Verwaltungsverfahren, welche bisher noch nie mitgeteilt worden sind.

Antwort zu Frage 2:

2014 wurde eine neue Beitragssatzung beschlossen. Die Satzung zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge ist nicht rechtswidrig. 2017 wurde erstmalig die Beitragserhebung zur Regenentwässerung nach dem Einheitswert in einem Gerichtsverfahren vorgetragen. Es hat drei Jahre gedauert bis das Verwaltungsgericht eine Rechtsprechung geschaffen hat. Es handelt sich hierbei um grundsätzlich um Landesrecht, welches sich nach dem KAG richtet. Weiter besteht ein Beitragserhebungsgebot. Vom VG Schleswig gab es hierzu bisher keine Rechtsprechung. Es war seitens der Verwaltung eine klare Linie erwünscht.

Antwort zu Frage 3:

Es geht hier nicht um die generelle Beitragserhebung, sondern nur um einen kleinen Part (Abrechnung bei Regenwasserleitungen). Im Übrigen ist die die Satzung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen rechtmäßig. Derzeit sind noch ca. 1.1 Millionen Euro Straßenausbaubeiträge zu erheben. Von der Rechtsprechung erfasst werden allerdings nur drei Maßnahmen.

Antwort zu Frage 4:

2014 gab es diese Rechtsprechung in Schleswig-Holstein noch nicht. Daher ging die Verwaltung davon aus, dass weiter mit dem Einheitswert verfahren werden könne, was ein guter Ansatz auch für die Betroffenen sei. Drei Jahre später wurde scheinbar eine andere rechtliche Auffassung entwickelt. Es gibt auch heute noch Bundesländer in denen mit dem Einheitswert gerechnet wird. Es wurde in der Bürgerschaft beschlossen ab 2019 keine Straßenausbaubeiträge zu erheben. Es können nur noch Baumaßnahmen bis 2018 erhoben werden, welche bis 2022 abgerechnet sein müssen. Zu Abrechnung der drei betroffenen Maßnahmen ist aber eine gültige Straßenausbaubeitragssatzung erforderlich

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2.5 Anfrage des AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Planungsstand Fahrradparkdeck am Lübecker Hauptbahnhof
Vorlage: VO/2020/09287**

Anfrage:

Im Konzept Fahrradfreundliches Lübeck von 2013 ist der Bau eines Fahrradparkdecks am Lübecker Hauptbahnhof bis 2020 vorgesehen (Seite 8) und danach mehrfach Bestandteil von Beschlüssen der Bürgerschaft/des Bauausschusses gewesen.

Laut telefonischer Auskunft des Leiters des Bahnhofsmanagement Schleswig-Holstein Dirk Teubler vom 4.09.2020 fanden zuletzt zwischen der DB, NAH.SH und der Hansestadt Lübeck konkrete Gespräche zum Projekt „Fahrradparkdeck am Hbf“ statt. Demnach liegen konkrete Planungen für ein Fahrradparkdeck über den alten Gleisen (Postkasematten) vor. Zudem sei die DB bereit diese Flächen für das Fahrradparkdeck zur Verfügung zu stellen. Weiterhin würde die NAH.SH GmbH, die im Auftrag des Landes die Fördermittel für Bike+Ride Anlagen verwaltet, das Projekt mit bis zu 75% fördern und es gäbe Zusagen über eine darüber hinaus gehende Förderung. Allerdings sei die Stadt nicht bereit, den Eigenanteil zu leisten.

Daraufhin ergeben sich folgende Fragen:

1. Wann und in welchem Umfang fanden Verhandlungen mit der DB und / oder der NAH.SH zum Thema Fahrradparkdeck statt?
2. Welches Konzept hat die Stadt dabei vorgelegt? Bzw.: Welches Konzept wurde dabei konkret besprochen?
3. Welches Ergebnis hatten die Gespräche? Wie hoch war die Kostenschätzung für das Fahrradparkdeck und die besprochenen Fördersummen?
4. Trifft es zu, dass es individuelle Verhandlungen gab, die auf eine Erhöhung der üblichen Fördersumme über 75% hinausliefen?
5. Was ist der aktuelle Stand des Projekts? Warum wurde es nicht weiterverfolgt?

Es wird um schnellstmögliche mündliche Antwort gebeten, um ggf. rechtzeitig für das kommende Haushaltsjahr Haushaltsmittel zu ordnen.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2.6 Anfrage des AM Thomas-Markus Leber (FDP) zur soeben auf den Weg gebrachten "Landesstrategie 2030" für den Radverkehr
Vorlage: VO/2020/09288**

Anfrage:

1. Sind konkrete Mittel aus dem Programm für den Radwegeausbau in der Hansestadt vorgesehen? Wenn ja, welche Ausbaumaßnahmen werden profitieren? Wenn nein, ist beabsichtigt entsprechende Projekte für das Programm vorzuschlagen?
2. Sind konkrete Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen dieses Projektes geplant? Welche Mittel werden hierfür zur Verfügung stehen? Konkret: Wie viele Fahrradbügel, wie viele Selbst-Servicestationen sind für Lübeck vorgesehen?
3. Welchen Beitrag könnte die Hansestadt Lübeck zur Weiterentwicklung des landesweiten Radverkehrsnetzes beitragen?
4. Welche radtouristischen Angebote könnte Lübeck weiterentwickeln und zur Positionierung des Landes als noch attraktivere Rad-destination beisteuern?
5. Welche ÖPNV-Knoten lassen sich zu Mobilitätsstationen weiterentwickeln?
6. Welche innovativen Angebote wären im Rahmen eines Modellprojektes in Lübeck denkbar, um die Multimodalität zu fördern? Welche Rolle können dabei Sharing-Angebote spielen?
7. Welche Bedeutung könnten zukünftig Zielgruppen wie Pendler in den Planungsprozessen haben. Welche innovativen Angebote wären für diese Zielgruppe denkbar?
8. Wie kann die zielgruppenorientierte Verkehrssicherheitsarbeit, insbesondere die Schulwegsicherheit intensiviert werden?
9. Wie bewertet die Verwaltung den Vorschlag die Schulwegplanung /Schulwegoptimierung als speziellen Planungsschwerpunkt in den Fokus zu nehmen?
10. Welche Veranstaltungen und Kampagnen zur Radverkehrsförderung können entwickelt und durchgeführt werden?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2.7 Anfrage des AM Thomas-Markus Leber, FDP, zur Raumbelüftung von Innenräumen in öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Klassenräumen in Zeiten von Corona
Vorlage: VO/2020/09289

Anfrage:

Der Winter ist nicht mehr allzu fern. Die Menschen werden sich wieder vermehrt in geschlossenen Räumen aufhalten. Der Belüftung von Gebäudeinnenräumen, in denen sich mehrere Personen nicht nur kurzfristig aufhalten, wird in den nächsten Monaten eine besondere Bedeutung zukommen. Durch die Erhöhung von Luftwechsel und Außenluftzufuhr lassen sich Infektionsgefahren nicht nur unerheblich minimieren. Zu Beginn der Heizperiode ergeben sich aus der Notwendigkeit einige Problemlagen, die es frühzeitig zu klären gilt.

Für mich ergeben sich folgende Fragen:

1. Wird es vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie eine Verschärfung der Vorgaben für das Lüften von Räumen in öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Klassenräumen geben?
2. Können alle Klassenräume regelmäßig und ausreichend belüftet werden? Sind die technischen Voraussetzungen dafür vorhanden? Konkret: Lassen sich alle Fenster in sämtlichen Klassenräumen entsprechend öffnen? Ist dies in allen Stockwerken gleichermaßen möglich?
3. Wie sind die rechtlichen / haftungsrechtlichen Rahmenbedingungen in diesem Zusammenhang zu bewerten?
4. Ist es korrekt, dass Schulfenster normalerweise in den oberen Stockwerken fest verschlossen sein müssen, um Unfälle zu vermeiden? Wie wäre dies mit dem Bestreben vereinbar eine ausreichende Belüftung der Räume sicherzustellen?
5. Wie lassen sich Unfälle wie der in Hamburg vermeiden. Dort war am 07.08.2020 in der Grundschule im Stadtteil Iserbrook ein neun Jahre alter Schüler aus einem Fenster gefallen. Das Fenster war geöffnet worden, um eine ausreichende Belüftung sicherzustellen. Vor dem offenen Fenster war nach Angaben der Polizei ein Vorhang zugezogen, um Sonnenstrahlen aus dem Klassenzimmer zu halten. Der Junge hatte das geöffnete Fenster nicht bemerkt und war auf die Fensterbank gestiegen. Von dort aus wollte er eine obere Fensterklappe öffnen, um frische Luft reinzulassen. Der Schüler stürzte vier Meter in die Tiefe und erlitt beim Sturz schwere Verletzungen.
6. Müssen Klassenräume möglicherweise kurzfristig provisorisch zusätzlich gesichert werden um derartige Unfälle zu vermeiden?
7. Wie hoch ist der prozentuale Anteil von Räumen, die über eine Klimaanlage belüftet werden. Welche Vorgaben wird es hier geben?

8. Welche Strategie wird die Hansestadt zu Beginn der Heizperiode vorgeben? „Fenster auf, bei voller Heizleistung“? Wäre eine solche Prioritätensetzung mit den Klimazielen vereinbar? Klimaschutz contra Infektionsschutz – Was hat Vorrang? Gibt es bereits entsprechende Überlegungen auf Landes- bzw. Bundesebene? Die Konfliktlage wird sich nicht nur in Lübeck ergeben. Insoweit macht es Sinn frühzeitig eine Strategie festzulegen.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2.8 Weitere mündliche Anfragen während der Sitzung:

5.2.8 Projekt Güterbahnhof (Herr Müller-Horn) – 5.610

Herr Müller-Horn bittet darum, den aktuellen Sachstand zum Projekt Güterbahnhof zeitnah im Bauausschuss vorzustellen.

Abschließende Antwort:

Frau Hagen sagt eine Vorstellung im Bauausschuss zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.9 e-Roller in Lübeck (Frau Mählenhoff) – 5.660

Frau Mählenhoff möchte wissen, welche Regeln es für die e-Roller gibt und ob ausgewiesene Abstellplätze vorhanden seien.

Abschließende Antwort:

Frau Hagen erläutert, dass es zum einen die Firma VOI gebe, welche mit dem Stadtverkehr Lübeck einen Kooperationsvertrag geschlossen habe. Die neu hinzugekommene Firma lime, habe diesen Vertrag als Kooperationspartner nicht geschlossen, hier habe es allerdings eine auf der Grundlage des Kooperationsvertrages basierende freiwillige Selbstverpflichtung gegeben.

Herr Johannsen ergänzt, dass die e-Roller den Fahrrädern gleichgestellt seien, gerade im Zusammenhang mit dem Fahren und Abstellen. Daher gebe es keine Handhabe für die Verwaltung einzuschreiten, es sei denn die Roller stellen eine Gefährdung oder ein Hindernis dar.

Herr Lutzkat merkt an, dass in Buntekuh oftmals die Roller der Firma lime quer auf dem Rad- und Fußweg stünden. Dies habe er bei den Rollern von VOI bisher so nicht beobachtet.

Herr Pluschkell möchte wissen, ob es möglich sei, für das Abstellen der Roller eine Sondernutzungsgebühr zu erheben.

Herr Johannsen erläutert, dass dies geprüft wurde, aber nicht möglich sei.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.10 Buddenbrookhaus (Frau Mählenhoff) – 5.651

Frau Mählenhoff möchte wissen, woher die Baukostensteigerungen kämen und wie sich dies auf die zugesagten Fördermittel auswirke.

Abschließende Antwort:

Herr Bunk erläutert, dass die Stadt sich momentan noch in einem frühen Planungsstadium befände und daher hierzu noch keine belastbaren Zahlen vorlägen. Ziel sei es, die EW-Bau in 2021 zu erstellen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende weist noch einmal auf die Sondersitzung des Bauausschusses am 09.09.2020 hin.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.4 Sonstige Mitteilungen

zu 5.4.1 Mündliche Mitteilung (2.830): Skateranlage in Travemünde

Herr Kirchhoff erläutert, dass die neue Skateranlage auf dem Leuchtenfeld angelegt werden solle, an der Stelle, an der auch die alte Anlage gewesen sei. Die Tornadowiese komme als Standort nicht in Frage, da hier verschiedenste Veranstaltungen stattfinden, zu denen die dortige Fläche genutzt werden müsse.

Herr Lötsch möchte wissen, ob es kurzfristig die Möglichkeit gäbe, eine provisorische Anlage zu errichten.

Herr Kirchhoff führt aus, dass die Nutzer:innen diese Anlage durchaus gewillt seien, eine für 2022 geplante Freigabe der neuen Skaterbahn abzuwarten.

Frau Jansen möchte wissen, ob die Jugendlichen mit dem Standort auf dem Leuchtenfeld zufrieden seien, und wie groß die Anlage sei.

Herr Kirchhoff erläutert, dass die Nutzer:innen den Standort auf der Tornadowiese favorisieren, die Verwaltung aber eher das Leuchtenfeld hierfür sehe. Er führt weiter aus, dass die Anlage eine Größe habe, die auch für die touristische Nutzung geeignet sei.

Frau Haltern möchte wissen, ob auch die Kinder und die Jugendlichen an der weiteren Planung beteiligt werden.

Herr Kirchhoff bestätigt dies, da ja nicht am Bedarf vorbeigeplant werden solle.

Frau Haltern möchte weiter wissen, wie es mit einer Interimslösung aussehe.
Herr Kirchhoff erklärt, dass auch so eine Anlage Geld kosten würde. Diese sei auf jedem asphaltierten Platz aufzubauen, allerdings spiegele dies nicht den Willen der Nutzer wider.

Herr Dr. Brock appelliert an die Verwaltung, dass es eine schnellstmögliche Umsetzung gebe oder aber eine provisorische Lösung.

Herr Wienck erläutert, dass die Jugendlichen durchaus die beiden Jahre auf die Umsetzung warten werden.

Herr Leber möchte wissen, warum die Errichtung der Anlage nicht schon getrennt vom Gesamtbauvorhaben vorgezogen werden könne.

Herr Kirchhoff führt aus, dass die Straße am Leuchtenfeld zurück gebaut werden solle und zuerst diese Maßnahme umzusetzen sei.

Herr Bobeth-Höppner weist darauf hin, dass es unglücklich wäre, wenn die Skaterbahn schon errichtet wäre und rundherum eine Baustelle wäre, die dann auch zu Beeinträchtigungen führen würde.

Herr Lötsch führt aus, dass der Bauausschuss dafür wäre, dass die Planungen für die Skateranlage vorgezogen werden und diese ggf. weiter in Richtung der Grünanlagen versetzt werde, so dass es keine Beeinträchtigungen gäbe, wenn die Straße zurück gebaut würde.

Herr Lötsch beauftragt die Verwaltung, unter einstimmiger Unterstützung des Bauausschusses, zu prüfen, ob das Vorziehen möglich sei und hierzu erneut im Bauausschuss zu berichten.

Herr Kirchhoff sagt zu, dass dies geprüft werde und über das Ergebnis im November 2020 im Bauausschuss berichtet werde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.4.2 Sitzungstermine des Bauausschusses 2021 Vorlage: VO/2020/09161
--

18. Januar 2021 - 01. und 15. Februar 2021 - 01. und 15. März 2021

19. April 2021 - 03. und 17. Mai 2021 - 07. Juni 2021

02. und 16. August 2021 - 06. und 20. September 2021

18. Oktober 2021 - 01. und 15. November 2021 - 06. und 20. Dezember 2021

Der Bauausschuss nimmt die Sitzungstermine zur Kenntnis.

zu 5.4.3 CDU: AT zu VO/2020/09184 - Wahl in den Bauausschuss Vorlage: VO/2020/09218-01

In den Bauausschuss werden als stellvertretende bürgerliche Mitglieder gewählt:

Die Herren Jochen Mauritz und Jan Ingwersen

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.4.4 Mündliche Mitteilung (5.610): Mobilitätskonzept Travemünde

Herr Werner erläutert, dass es zur **Vorderreihe** verschiedene Beschlusslagen gebe. Es werde in 2021 eine saisonale Fußgängerzone umgesetzt. Die Regelungen im Zusammenhang mit den Lieferverkehren und dem Radverkehr seien noch nicht abschließend festgelegt.

Herr Pluschkell möchte wissen, warum nicht einfach die Beschlüsse der Bürgerschaft von der Verwaltung umgesetzt werden.

Herr Johannsen erklärt, dass es Aufgaben nach Weisung seien, wenn die Straßenverkehrsordnung bemüht werde, und damit die Beschlüsse der Bürgerschaft lediglich Prüfaufträge darstellen.

Herr Werner weist darauf hin, dass der **Knotenpunkt Gneversdorfer Weg / Torstraße** im November 2020 so umgestaltet werde, wie es bereits im Bauausschuss vorgestellt wurde.

Frau Haltern möchte wissen, ob es eine Verkehrssimulation in der Einmündung der Vogteistraße in den Gneversdorfer Weg gegeben habe.

Herr Werner erläutert, dass an dortiger Stelle die Leistungsfähigkeit errechnet worden sei.

Herr Ingwersen, der vom Bauausschuss Rederecht erhält, merkt an, dass bei einer halbstündigen Taktung der Züge, die Schranken häufiger geschlossen seien und es dadurch zu längeren Rückstauungen komme.

Herr Werner führt aus, dass der Schienenverkehr nicht simuliert worden sei, aber häufigere Schrankenschließungen führen nicht insgesamt zu längeren Rückstauungen, sondern zu kleineren häufigeren Stauungen.

Herr Haase, der ebenfalls Rederecht eingeräumt bekommt, erläutert, dass das Ziel die Torstraße verkehrsberuhigt zu bekommen nicht erreicht werden könne, da der Verkehr aus Travemünde heraus diese Strecke wahrscheinlich rechtswidrig nutzen werde. Er verstehe auch nicht den Zusammenhang mit der Baumaßnahme am Baggersand.

Herr Bobeth-Höppner erwähnt, dass er vor kurzem rund 15 Minuten gebraucht habe, um überhaupt vom Parkplatz des an der Ecke angesiedelten Verbrauchermarktes zu kommen.

Herr Johannsen führt aus, dass eine Umgestaltung der Ampelanlagen in der Nähe von Bahnschienen nur im Zusammenhang mit einer sogenannten BÜSTRA-Anlage umzusetzen sei. Diese Verfahren dauern rund fünf Jahre. Diese Anlagen seien im Mobilitätskonzept Travemünde seinerzeit mit beschlossen worden. Das primäre Ziel sei es aber, dass der ÖPNV nicht im Stau stehen werde.

Herr Werner ergänzt, dass es auch noch vorgesehen sei, bauliche Maßnahmen in der Torstraße umzusetzen, um so die Verkehrsberuhigung zu erreichen.

Herr Werner führt aus, dass es im Zusammenhang mit der **Kaiserallee** bisher noch kein finales Votum gegeben habe, wie dort in Zukunft weiter verfahren werde. Die Planungen im Zusammenhang mit der Erprobung einer Einbahnstraßenregelung seien noch nicht abgeschlossen.

Herr Löttsch möchte wissen, warum es keine zügige Umsetzung zur Errichtung des **Fahrradstreifens auf dem Teutendorfer Weg** gebe.

Herr Werner verweist in diesem Zusammenhang auf noch andere Fahrradmaßnahmen, die in 2020 in Lübeck umgesetzt wurden. An dieser Stelle würden dann im Gegenzug auch wieder Parkplätze wegfallen.

Frau Haltern möchte wissen, wie der aktuelle Sachstand im Zusammenhang mit dem **Bus-Shuttle** sei.

Herr Werner führt aus, das es hier eine Ausarbeitung durch den Stadtverkehr Lübeck geben werde, mit dem die Verwaltung im Gespräch sei.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5.4.5 Mündliche Mitteilung:
Sachstand: Investitionshaushalt 2020**

Wird in der Sondersitzung des Bauausschusses am 09.09.2020 thematisiert.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5.4.6 Mündliche Mitteilung:
Sachstand, Feuerwehrhaus Kronsforde**

Herr Babendererde erläutert den aktuellen Sachstand im Zusammenhang mit der Feuerwehr, dem dortigen Sportverein und dem Parkplatz anhand eines Luftbildes und beantwortet Fragen aus der Politik.

Frau Hagen ergänzt im Anschluss, dass für dieses Projekt der Fachbereich 3 in der Hauptsache zuständig sei, eine regelmäßige Berichterstattung erfolge daher im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5.4.7 Mündliche Mitteilung (5.610):
Sachstand, B-Planverfahren**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses verlagert.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Neu- und Umbau von Radwegen
Vorlage: VO/2020/08765**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 6.2 Freie Wähler & GAL: Wohneigentumsquote in Lübeck steigern! Vorlage: VO/2020/08669

Frau Jansen teilt mit, dass dieser Antrag von ihrer Fraktion zurückgezogen werde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

zu 6.3 Antrag AM Katjana Zunft (DIE LINKE) "Mehr Frauen wagen" Vorlage: VO/2019/08257
--

Antrag:

Der Hauptausschuss möge beschließen,

1. dass bei der Um-oder Neubenennung von Straßen und Plätzen die Straßen oder der Platz nach einer berühmten, bekannten, verdienstvollen Frau benannt wird.
2. Die Frau soll Besonderes für die kulturelle, wissenschaftliche oder auch humanitäre Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geleistet haben und dadurch Menschen ein Vorbild sein und ihnen durch ihr Wirken Mut machen.
3. Der Fachbereich 5 legt gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten für jeden Sachverhalt drei Vorschläge dem Fachausschuss zur Empfehlung und Entscheidung vor.

4. Erst wenn es aus dem räumlichen oder sachlichen Zusammenhang der umgebenden Straßen nicht sinnvoll erscheint, eine Straße oder einen Platz nach einer weiblichen Persönlichkeit zu benennen, werden andere Bezeichnungen diskutiert.

Der Bürgermeister wird beauftragt zum 8.03.2020 einen Bericht vorzulegen der die Straßennamen in Lübeck unter den Stichpunkten Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit zu analysieren und mindestens 50 Namen von Frauen vorzulegen nach denen zukünftig Straßen und Plätze benannt werden sollen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

**zu 6.4 SPD: Radfahren in Grünanlagen erlauben
Vorlage: VO/2020/09194**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Antrag zu VO/2019/07727-01: Solarenergie auf städtischen Gebäuden bis 2025
Vorlage: 2019/07727-01-15**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 7.2 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ausbau der Elektromobilität in Lübeck
Vorlage: VO/2020/09044

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 7.3 Dringlichkeitsantrag des AM Frank Müller-Horn (Die Unabhängigen): Anteile von Wohnformen für den Geschosswohnungsbau in der Neuen Teutendorfersiedlung/Dreilingsberg
Vorlage: VO/2020/08932

Aufgrund des Austauschanspruchs unter TOP 7.3.1 wird dieser Antrag zurückgezogen.

**zu 7.3.1 Austausch Antrag zur VO/2020/08932: Dringlichkeitsantrag des AM Frank Müller-Horn (Die Unabhängigen): Anteile von Wohnformen für den Geschosswohnungsbau in der Neuen Teutendorfersiedlung/Dreilingsberg
Vorlage: VO/2020/08932-01**

Dieser Antrag wird zusammen mit dem mündlichen Bericht unter TOP 4.1 aufgerufen. Die Abstimmungsergebnisse werden unter dem jeweiligen TOP abgebildet.

Antrag:

1) Für den Geschosswohnungsbau in der Neuen Teutendorfer Siedlung (NTS) gelten folgende Anteile der Wohnformen:

50 % geförderter Wohnungsbau (1. und/oder 2. Förderweg): ca. 140 WE

50 % Eigentumswohnungen oder freifinanzierte Wohnungen ca. 141 WE

Geschosswohnungsbau gesamt ca. 281 WE

2) Für die künftigen Bewohner der NTS gilt eine Erstwohnsitzverpflichtung. Bewerber für Einfamilienhäuser, Eigentums- und Mietwohnungen, die ihren Wohnsitz bereits in Lübeck haben, werden bei der Vergabe bevorzugt. Diese wird vertraglich geregelt und über eine Eintragung in das Grundbuch vor Verkauf gesichert. Gewerbliche Ferienwohnungen werden im Plangebiet durch entsprechende Festsetzung ausgeschlossen.

Der Vorsitzende merkt an, dass der erste Punkt mit dem Beschluss unter TOP 4.1 bereits erfüllt sei. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob die Umsetzung der Aspekte unter Punkt zwei machbar seien.

Frau Belchhaus erläutert, dass eine Bevorzugung von Lübecker Bürger:innen zulässig sei und an dortiger Stelle auch umgesetzt werden solle. Die Nutzung von gewerblichen Ferienwohnungen in der Neuen Teutendorfer Siedlungen werde auch ausgeschlossen. Zum Thema der Erstwohnsitzverpflichtung befände sich die Verwaltung gerade in der rechtlichen Prüfung. Frau Belchhaus sagt zu, dass nach Abschluss dieser Prüfung darüber im Bauausschuss berichtet werde, dies sei voraussichtlich nach den Herbstferien.

Herr Müller-Horn beantragt, dass der Antrag vertagt werde, bis die Verwaltung über diese rechtliche Prüfung berichte.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für eine Vertagung: 1 Stimme
Gegen eine Vertagung: 12 Stimmen
Enthaltungen: 2 Stimmen

Der Bauausschuss lehnt eine Vertagung des Antrages mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

zu 7.4 AM Lengen (SPD): Dringlichkeitsantrag: "Radfahren in Grünanlagen erlauben"
Vorlage: VO/2020/09166

Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum	x	

zu 7.5 Dringlichkeitsantrag: AM Pluschkell (SPD): Klimaverträgliche Wärmeversorgung
Vorlage: VO/2020/09230

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
Ohne Votum		

zu 7.6 Dringlichkeitsantrag des Ausschussmitglieds Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Grünfläche in St. Lorenz erhalten
Vorlage: VO/2020/09295

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese

Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:04 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:15 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe und beendet die Bauausschusssitzung um 19:50 Uhr.

Lübeck, den 21. Oktober 2020

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Thomas Kaacksteen
Protokollführung